

I. Der Hansabund ist davon durchdrungen, daß der moderne Staat nur gedeihen kann, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände den leitenden Gedanken und die unverrückbare Grundlage seiner wirtschaftlichen Politik bildet.

II. Bei der Durchführung dieser Grundsätze wird sich der Hansabund von folgenden allgemeinen Gedanken leiten lassen:

1. daß er bei einem etwaigen Gegensatz die nationalen Interessen allen einseitigen Interessen voranzustellen hat,
2. daß er ausschließlich die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie zu vertreten, zu fördern und zu schützen hat,
3. daß seine Reihen jedem, ohne Unterschied der politischen oder religiösen Überzeugung, offen stehen, welcher seine Ziele zu den seinigen macht,
4. daß er somit selbst keine politische Partei ist wohl aber eine wirtschaftliche Vereinigung mit den durch ihre wirtschaftlichen Programme bedingten, unter I festgestellten Zielen.

Je mehr die neuen Steuern sich fühlbar machen, um so mehr finden die Bestrebungen und die Ziele des Hansabundes Anklang in allen Parteien, bis weit in die konservativen Kreise hinein. Die Grenzboten, die auf entschieden nationalem Boden stehen und im Sinne gemäßigten Konservatismus geleitet werden, sagen: »Das Programm berechtigt zu der Hoffnung, daß der Hansabund dazu beitragen wird, das Überhandnehmen des Materialismus in der Politik aufzuhalten und zu unterdrücken.«

Eine der größten gewerblichen Vereinigungen, der »Verband deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen«, der gegen 1500 gewerbliche Verbände und Vereine mit rund 160 000 Mitgliedern umfaßt, von denen zwei Drittel dem Handwerk angehören, hat durch seinen Vorstand eine Erklärung abgegeben, von der der Eingang hier angeführt sei:

»Der Vorstand erblickt in der Vereinigung von Gewerbe, Handel und Industrie, wie sie der Hansabund anstrebt, ein wirksames Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Ziele für die genannten Erwerbsgruppen, unter denen das deutsche Handwerk als einer der ältesten Kulturfaktoren nicht fehlen darf. Die aus dem Handwerks- und Handelsstände emporgewachsene deutsche Industrie hat auf vielen Gebieten mit dem Handwerk gemeinsame Beziehungen und Interessen; die Grenzen von Fabrik und Handwerk lassen sich in zahlreichen Fällen nicht festlegen, Industrie und Handwerk schließen einander nicht aus. Von dieser Überzeugung ausgehend hat der Hansabund bei seiner Entstehung bereits mit dem Anschluß des deutschen Handwerks gerechnet; er hat das Handwerk zur Mitarbeit aufgerufen und den Ehrenobermeister Nicht in Berlin als Vorsitzenden des Zentralausschusses der Vereinigten Innungsverbände Deutschlands in das Präsidium des Bundes gewählt. Hierin erblicken wir die Gewähr, daß es dem Hansabund ernst ist, mit dem Handwerk gemeinsam zu arbeiten, und daß die Handwerker-Interessen in dem Bundes-Präsidium eine gute Vertretung finden werden.«

Ich kann mir nicht versagen, aus der Rede, die Geheimrat Dr. Nießer, der Bundespräsident, in Köln in einer von weit über 2000 Personen besuchten Versammlung der rheinischen Mitglieder und Freunde des Hansabundes gehalten hat, einige markante Sätze anzuführen:

»Wer in den Hansabund eintritt, verzichtet damit nicht etwa auf seine politische oder religiöse Überzeugung, er muß nur darauf verzichten, sie bei uns zur Geltung bringen zu wollen, wo er auch mit Mitgliedern anderer politischen und konfessionellen Richtungen behufs Erreichung bestimmter wirt-

schaftlicher und wirtschaftspolitischer Ziele einträchtig zusammenarbeiten soll.

»Wir sind davon durchdrungen, daß unsere wirtschaftspolitischen Grundsätze und Ziele früher oder später von jeder bürgerlichen politischen Partei nicht nur ihren Programmen, sondern auch ihren Handlungen zugrunde gelegt werden müssen, wenn anders diese Partei nicht vom Sturmwind der öffentlichen Meinung weggesegt werden will und wenn anders nicht die wirtschaftliche und politische Zukunft des Vaterlandes aufs schwerste gefährdet werden soll.

»Worin bestehen aber unsere Grundsätze und was sind unsere Ziele? Wir verlangen eine bessere Würdigung der industriellen, kaufmännischen und gewerblichen Arbeit und die volle Anerkennung, daß sie ebenso staats-erhaltend ist wie jede andere produktive Arbeit, und daß ihre Lebensinteressen ebenso sorglich wie die der Landwirtschaft gepflegt und beachtet werden müssen. Wir verbitten uns nachdrücklich, daß die gewaltige, für das Staatswohl unentbehrliche Kraft, welche in Deutschlands Industrie, Handel und Gewerbe liegt, denen unser bewunderungswürdiger Aufschwung und die Vermehrung unseres Nationalwohlstandes in erster Linie zu verdanken ist, noch weiterhin in irgendeiner Richtung zurückgesetzt, von oben herab betrachtet werde.

»Wir treten demgemäß ein für volle Gleichberechtigung aller Erwerbsstände, also der Industrie, des Gewerbes (einschließlich des Handwerks) und des Handels, ebenso wie der Landwirtschaft, und verlangen, daß dieser heute den ersteren Ständen gegenüber vielfach nur auf dem Papier stehende Grundsatz auch vollen und bedingungslosen Ausdruck finde in der Haltung und Gestaltung unserer Gesetzgebung, unserer Verwaltung (einschließlich unserer diplomatischen Vertretung im Auslande) und in der Leitung des Staats.«

Endlich möchte ich noch aus einem Vortrage, den der Reichstagsabgeordnete für Magdeburg, Fleischermeister Kobelt, vor seinen Wählern gehalten hat, folgendes anführen:

»Der Hansabund lehnt es ab, eine politische Partei verkörpern zu wollen. In wirtschaftspolitischer Beziehung aber ist er zweifellos anzusehen als der Ausdruck des Unwillens, als der Versuch eines stoßkräftigen, gewaltigen Gegengewichts gegen die wirtschaftspolitische Gesamtrichtung, die in der Steuergesetzgebung des Jahres 1909 zur Geltung gekommen ist. Daß mit dieser Gesamtrichtung 95 Prozent unseres Volkes absolut nicht einverstanden sind, steht außer allem Zweifel. Wenn es nun der Hansabund unternimmt, diejenigen Kreise mobil zu machen und aufzurütteln, die bisher den politischen Parteien zum Trotz indifferent geblieben sind, weil sie ein politisch Lied als ein garstig Lied ansahen; wenn es dem Hansabunde gelingt, diese Massen zu organisieren, zu interessieren für die wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart, dann wird man vielleicht geneigt sein, dem neuen Bunde eine Existenzberechtigung zuzusprechen und seine eigene Haltung zum Bunde als gegeben ansehen. Wer der Tendenz des Bundes mißtrauisch gegenübersteht, sollte erst recht darin mitarbeiten, damit seine Richtung darin zur Geltung kommt. Jedenfalls ist es verfrüht, den Hansabund auf Vermutungen hin etwa zu bekämpfen; vielmehr ist zu wünschen und zu hoffen, daß es ihm gelingen möge, die Herbeiführung einer neuen Zeit friedlicher Entwicklung, eines Emporblühens der heimischen Arbeit, die in Handel, Gewerbe und Industrie verkörpert ist, wirksam mit vorzubereiten und an ihrer Herbeiführung mitzuwirken, an einer Blüte, die allen beteiligten Faktoren, den Geschäftsinhabern, den Angestellten und den Arbeitern, Förderung und Gedeihen bringt.«

Die Finanzreform ist bisher nicht geschaffen worden; was man so nennt, ist nur eine Steuererhöhung von einer